

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattkunst.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postleitzettel: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreis: Mtl. 3,80 monatl., Mtl. 11,40 vierteljährl. durch den Verlag Langgasse 21, ohne Taglohn.  
Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: im Wiesbaden die Ausgabestellen in allen Teilen der  
Stadt; in Biebrich; die dortigen Ausgabestellen u. in den benachbarten Landorten u. im Riedengau die  
bereits Tagblatt-Zeiger u. die Post. — In Städten höherer Gewalt, Berriedelungen oder Kreise haben die  
Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Zeitung:

Tagblattkunst" Nr. 6656-13.  
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.  
Postleitzettel: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Anzeigen-Preis für die Zeile: Mtl. 1,25 für deutsche Anzeigen; Mtl. 1,50 für auswärtige Anzeigen; Mtl. 5,-  
für deutsche Zeitungen; Mtl. 7,- für auswärtige Zeitungen. — Bei wiederholter Aufnahme unter-  
anderer Anzeigen entsprechender Nachlass. — Anzeigen-Aufnahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr  
vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Wochentagen wird  
keine Gewalt übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hansa 1371-1373.

Samstag, 19. Juni 1920.

## Abend-Ausgabe.

Nr. 282. • 68. Jahrgang.

### Die neue Koalition.

(Eigener Drabbericht des Wiesbadener Tagblatts.)

Br. Berlin, 19. Juni.

Die Entscheidung liegt bei den Demokraten. So kündeten gestern abend der "Vorwärts" und die "Germania" die Situation und mit ein wenig anderen Worten tun dies die anderen Blätter auch, wobei der Neigung nicht ausgewichen wird, die Schuld an der immer noch nicht erfolgten Lösung der Krise der demokratischen Fraktion unterzuwerfen. Dennoch sollte es, wie es scheinen möchte, nicht so schwer fallen, sich in die augenblickliche Verfassung der Demokraten hineinzutun. Obne Frage wird es dort nicht an Leuten fehlen, welchen eine Regierung ohne Teilnahme der Mehrheitssozialisten bedenklich erscheint. Diese Bedenken werden ja wohl von der Volkspartei selbst geteilt. Interessant ist dabei, wie der "Vorwärts" die Situation kündigt. Er spricht zunächst von den beiden Richtungen innerhalb der Demokratischen Partei: Die Gegner der Teilnahme an der Regierung stellen sich auf den Standpunkt, daß das Kabinett durch den Austritt der Sozialdemokraten im Inland und Ausland seinen demokratischen Charakter verlieren und als reaktionär gelten würde. Sie wünschen für den Fall des Eintritts, daß in einer aller Welt deutlich erkennbaren Weise manifestiert würde, daß dies eine fälschliche Vorstellung sei. Im Zusammenhang damit legen sie großes Gewicht auf das Verhalten der sozialdemokratischen Partei in der Donnerstagssitzung des Reichstags, in welcher die neue Regierung sich vorstellen und ihr Programm entwirken soll. Da aber die Zusammenlegung und das Programm der Regierung nicht festgestellt werden können, so lange sich die Demokraten nicht entschieden haben, kann auch noch kein lebtes Wort über die Haltung der Sozialdemokratie in der Reichstagswahl gesprochen werden. Die Sozialdemokraten wollen sich wohl alle Türen offen halten. Die "Germania" redet den Demokraten gut zu: Die Demokratische Partei dürfe nicht sozialistischer sein als die Sozialdemokraten. Bedenken gegen das Regierungsprogramm lösste man von demokratischer Seite nicht vorbringen, bevor man nicht versucht hat, darüber in gemeinsamer Aussprache zwischen allen drei Parteien volle Klarheit zu schaffen. Alles deutet darauf hin, daß wir nun doch vor dem Ende der Krise stehen. Die "Tägliche Rundschau" sieht heute etwas mildere Saiten auf und meint, daß man noch im Laufe des heutigen Samstags zwischen den drei Parteien zu einer präzisen Erledigung der Krise kommen werde. Sie schließt das daraus, daß Herr Gehrenbach gestern abend mit einer Abreise gedroht hatte, falls die Regierungsbildung ihm nicht gelänge, aber nun doch in Berlin geblieben ist. Sie nennt von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, die in das neue Kabinett einzutreten würden, ebenfalls den Abg. Heinze. Auch sei es selbstverständlich, daß das Auswärtige und das Reichswirtschaftsministerium in die Hände von Fachleuten lägen. Die Aussicht, daß das Reichswirtschaftsministerium statt Herrn Dr. Gehrer ein General erhalten soll, scheint in deutsch-volksparteischen Kreisen dennoch nicht mehr zu bestehen. Für die Deutschen Nationalen glaubt der "A." wohlwollende Neutralität anzukündigen zu können. Über die Haltung der Bayerischen Volkspartei aber berichtet der "Vorwärts": Die kleine Bayerische Volkspartei, die eine wichtige Aufgabe aufstellt, hat ihrer Rolle bereits durch eine Sänderung im Reichstag Ausdruck gegeben. Bisher am rechten Flügel des Zentrums hat sie sich ihren Platz zwischen Zentrum und Demokraten gewählt. Die sozialdemokratische Fraktion wird am Dienstag zusammentreten, bis dahin bleibt der "Vorwärts", daß die neue Regierung gebildet und ihr Programm bekannt sein wird. Dann würden die Abgeordneten Löwe und Müller, die in den letzten Tagen die Unterhändler waren, der Fraktion Bericht erstatten. Die Demokraten versammeln sich heute früh bereits um 10 Uhr; sie haben noch auswärtige neue Mitglieder telegraphisch nach Berlin berufen. Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei ist für den 23. Juni einberufen, wie es heißt, zur Besprechung dringender, hochpolitischer Angelegenheiten.

mr. Berlin, 19. Juni. Die "Böllische Zeitung" erwartet nicht, daß die endgültige Bildung des Kabinetts vor Mittwoch nächster Woche (am Donnerstag tritt der Reichstag zusammen) erfolgen wird.

### Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen.

Br. Berlin, 18. Juni. Der "Reichsanzeiger" veröffentlicht jetzt das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden im ganzen 26 017 500 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Sozialdemokratie 5 614 452, auf das Zentrum 3 540 830, auf die Deutsch-Demokraten 2 202 334, auf die Deutschen Nationalen 3 736 778, auf die Deutsche Volkspartei 3 606 316, auf die Unabhängigen 1 894 317, auf die Deutsche Mittelpartei 11 920, auf die Kommunisten 441 995, auf die Deutsche Wirtschafts- und Arbeitspartei 43, auf die Nationaldemokratische Partei 3938, auf den Bayerischen Bauernbund 218 884, auf die Hannoversche Landespartei 819 100, auf den Deutschen Wirtschaftsbund für Stadt und Land 88 652, auf die Christliche Volkspartei 65 19, auf die Bayerische Volkspartei 1 717 22, auf die Deutsch-Sozialistische Partei 7216 und auf die Laiusser Volkspartei 4932 Stimmen; die übrigen Stimmen zerstreutten sich. Demnach besteht der Reichstag aus 4 666 Abgeordneten: 112 Sozialdemokraten, 68 Zentrumsteuten, 45 Deutsch-Demokraten, 68 Deutschen Nationalen, 62 Deutsch-Volksparteiern, 81 Unabhängigen, 2 Kommunisten, 4 Vertretern des Bayerischen Bauernbundes, 5 Hannoveranern und insgesamt 21 Angehörigen der Bayerischen und der Christlichen Volkspartei. In diesen Ziffern sind 17 Mandate der Sozialdemokratie, 9 des Zentrums und 8 der Demokraten aus den Abstimmungsgebieten eingriffen, ferner 1 Sozialdemokrat und 1 Demokrat, die gemäß § 38 Absatz 2 des Wahlgesetzes für den Rest des bisherigen Wahlkreises 2 übernommen worden sind. Die Stimmen, die auf die Vereinigten Landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen Thüringen, auf die Hessische Volkspartei auf den Hessischen Bauernbund sowie auf den Württembergischen Bauern- und Weingärtner und entfallen sind, und den Deutschen Nationalen zugerechnet

### Die Konferenz von Spa.

Br. Paris, 18. Juni. Havas berichtete aus London: "Daily Telegraph" erklärt, in diplomatischen Kreisen nehme man als wahrscheinlich an, daß, wenn die Konferenz von Spa nicht nochmals vertagt wird, sie zwischen Frankreich und England einerseits und Deutschland andererseits abgehalten werden wird.

### Der französische Kriegsminister über die Mittel zur Durchsetzung des Friedensvertrages.

W. T. B. Paris, 18. Juni. (Drabbericht.) Kriegsminister Lejeune hielt anlässlich der Besprechung des Kriegsbudgets eine Rede, die die ungeteilte Zustimmung der Kammer fand. Der Minister versicherte, die Regierung sei entschlossen, immer die Mittel bereitzuhalten, um von Deutschland die Entwaffnung, die Bezahlung von 69 oder 80 Milliarden, die Lieferung von Kohlen und die Ausführung der anderen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages durchzusetzen. Es sei nicht die Sprache brutaler Gewalt, sondern die Sprache der Rechtigkeit.

### Unsinnige Meldungen über „Deutsche Kriegspläne“

Br. Berlin, 19. Juni. Durch die Auslandsprese ("Morning Post" vom 2. d. M. und nunmehr auch "Intendant" sowie "Strasburger Neueste Nachrichten") geht folgende Nachricht: Die deutsche Regierung wird unmöglich die Richtigkeit der nachfolgenden Informationen leugnen können: Vor einigen Wochen fand in Berlin ein abheimer Rat statt, dem auch einige Minister bewohnten. Im Verlaufe der Beratungen wurde die Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Polen erwogen. Der Reichswehrminister war zugegen. Der Chef des Generalstabes erklärte die militärische Lage. Gegen Frankreich könne Deutschland 700 000 Mann ins Feld stellen und gegen Polen 200 000 Mann. Diese militärischen Kräfte werden als genügend erachtet, denn man könnte auf gewisse Hilfsdienste rechnen sowie auf die rasche Vervollständigung des effektiven Bestandes durch die gleichzeitige Einberufung mehrerer Jahres-Rekrutklassen. Eine anhöher schwierige Bevorzugung entwölfe sich darüber, ob Deutschland auf die Neutralität gewisser Staaten rechnen könne; doch sei die Haltung eines gewissen Staates nicht sehr sicher. Außerdem befürchtet man auch innere Wirren. Der "Intendant" erklärte sich bereit, die Wahrhaftigkeit dieser Behauptungen zu beweisen, indem er Namen und Daten jederzeit aufführen könne.

Nach Rückfrage mit autorisierten Stellen ist klar zu sagen: Wie Dr. Gehrer schon am 5. Juni in einem Interview mit Slonders, einem früheren Korrespondenten der "Times", erklärte, ist die Nachricht von Anfang bis zu Ende in das Reich der Fabel zu verweilen. Insbesondere wohnte sein Minister einer Besprechung bei, in der auch nur indirekt oder bedingt solche Erörterungen geäußert wurden. Einen Chef des Generalstabes gibt es nicht mehr. Wer den seelischen Zustand des deutschen Volkes kennt und weiß, wie viel Waffen und moderne Geschütze auch nur zu dem kleinsten aggressiven Unternehmen nötig wären, der muß staunen, daß diese geradezu unlösbare Meldung in Betracht des von der Entente ständig kontrollierten Bestandes der deutschen Waffen in ersten ausländischen Blättern Aufnahme finden konnte.

### Deutsche Anmerkung zu einem polnischen Heeresbericht.

W. T. B. Berlin, 17. Juni. Der amtliche polnische Heeresbericht vom 8. Juni erwähnte, daß auf polnischer Seite absehbar sei. Hieraus ist das Gerücht entstanden und in der polnischen Presse verbreitet worden, daß die polnisch-sowjetische Armee zu einem großen Teil von deutschem Offizieren geführt sei. Es mag sein, daß einige frühere deutsche Kriegsakademie in Russland aus Überzeugung oder auch aus Not, weil ihnen bisher die Rückkehr in die Heimat verboten war, in der Roten Armee Dienste angenommen haben. So wie dies auch in den Armeen Daniels und Koltchaks der Fall gewesen sein soll. Die Unterstellungen, als seien deutsche Offiziere mit Willen der Reichsregierung in die Rote Armee einzutreten, muß aber als eine durchaus nicht gerechtfertigte Erfindung auf das bestimmteste zurückgewiesen werden.

### Der Zusammenschluß der Unternehmerverbände.

W. T. B. Berlin, 18. Juni. Die Organisationen des landwirtschaftlichen Unternehmer- und die Gewerbeverbände den Zusammenschluß zu einem Zentralausschuß der Unternehmerverbände. Dessen werden angehören: Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen; Reichsverband der deutschen Industrie, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Reichsverband des deutschen Handwerks; Hanabund für Gewerbe, Handel und Industrie; Zentralverband des deutschen Großhandels; Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels; Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels; Zentralverband des deutschen Bank- und Börsengewerbes; Reichsverband der Bankleute; Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen; Zentralstelle für das deutsche Transport- und Verkehrsgerüste. Der Zentralausschuß bewirkt die geschlossene Wahrnehmung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik und der Interessen der deutschen Unternehmenschaft, ferner die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Belastungen. Durch die Errichtung des Zentralausschusses hat die Aufforderung des Hanabunds zum gewerbsmäßigen Zusammenschluß der Unternehmer ihre lachliche Erledigung gefunden. Der Zentralausschuß wird über die Bildung von örtlichen oder bezirklichen Ausschüssen jeglicher Art und über die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der gestellten Ziele erläutern.

### Die Wirkungen der Postgebühren-Erhöhung.

Br. Berlin, 18. Juni. (Eig. Drabbericht.) Verschiedene Blätter wußten in den letzten Tagen über einen durch die Erhöhung der Postgebühren verursachten starken Verkehrsrückgang zu berichten. Diese Meldungen sind, wie wir von austandiger Seite erfahren, zum mindesten verfrüht. Das Reichspostministerium verfolgt selbstverständlich die Entwicklung unausgesetzt. Es wird aber nicht möglich sein, vor August einen zuverlässigen Überblick zu gewinnen. Dagegen sind wir in der Lage, über die Verhältnisse im Oberpostdirektionsbezirk Berlin schon heute einige Angaben zu machen. Bei der Oberpostdirektion Berlin ist tatsächlich ein Verkehrsrückgang festgestellt worden, der aber zum großen Teil in dem Rückgang nach Wintern und in der gegenwärtigen schwierigen Lage der Geschäfte seine natürliche Begünstigung findet. Dies beweist auch, daß die Aufsicht von Telegrammen, für die die Postos befreitlich noch nicht erhöht sind, gleichfalls einen Rückgang von 25 Prozent erfahren hat. Ein hartes Nachlassen ist allerdings in der Aufsicht von Wertpapieren eingetreten.

### Der Landarbeiterstreik in Pommern.

Br. Stettin, 18. Juni. Der Landarbeiterstreik in Pommern ist bekanntlich nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen ausgebrochen, ist gewinnt erheblich an Raum. Im Kreis Köslin umfaßt er bereits über 30 Güter von 55. Im Landkreis Stolp kann man fast von einem allgemeinen Ausstand sprechen. Zum Teil werden sogar die Rottandsarbeiten verhindert und Arbeitswillige durch tägliche Angriffe geschreckt, so daß die Märschierung nach den Städten teilweise aufhort.

### Kleine politische Nachrichten.

Der japanische Kriegstransportdampfer "Kawetown-Maru" traf am 18. Juni in Brunsbüttel ein. An Bord befinden sich 8 Offiziere, 674 Mann, 36 Soldatinnen, 45 Frauen, 45 Kinder, 176 Österreicher, 29 Ukrainer, 1 Bulgar. Der japanische Kriegstransportdampfer "Hudson Maru" ist am 12. Juni in Kobe ankommen. Er tritt am 21. Juni seine Weiterfahrt nach Wladiwostok an. Die vier bekannten großen skandinavischen Tageszeitungen, "Berlinske Tidende" (Kopenhagen), "Aftenposten" (Christiania, Norwegen), "Svenska Dagbladet" (Stockholm) und "Dagbladet" (Helsingør, Finnland), haben in Berlin, unter den Linden 22/23, eine Botschaft, große Bureauräume vermietet und werden dort für Deutschland gemeinschaftlich ihre Geschäfte ausüben. Die Räume sollen besonders ein Sammelpunkt der skandinavischen Reisenden werden.

### Die Fleischpreise in Frankreich.

Br. Paris, 18. Juni. Havas meldet aus Albi: Der Preis für lebendes Vieh ist gestern um 30 Prozent gefallen.

### Bevorstehende Reichstagsauflösung in Dänemark.

W. T. B. Kopenhagen, 18. Juni. (Drabbericht.) Wie die "Politiken" meldet, beschloß die dänische Regierung, den Reichstag in einigen Tagen aufzulösen. Die Folgewahlen werden am 6. Juli abgehalten.

### Englische Truppenverstärkungen für Island.

Br. London, 18. Juni. (Reuter.) Heute sind aus England große Truppenabteilungen in Dublin eingetroffen. Sie werden sofort über die Unruhebedeute verteilt werden.

### Die polnische Krise.

Br. Warschau, 19. Juni. (Havas.) Der Ministerpräsident hat an den Präsidenten des Staates einen Brief gerichtet, wonach er den Auftrag zur Kabinettbildung ablehnen müsse. Darauf hat der Präsident der nationalen Arbeiterpartei Proisku den Antrag zur Neubildung des Kabinetts angenommen.

### Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen.

W. T. B. Kopenhagen, 18. Juni. (Drabbericht.) Einem Telegramm aus Helsinki aufgefolgt hielt der Untersuchungskomitee für die Konferenzfragen der finnisch-russischen Friedenskonferenz in Dorpat eine Sitzung ab. Man gelangte jedoch zu keinem Ergebnis, da die Russen an ihrem Standpunkt festhielten. Wie die Zeitungsberichte in Dorpat berichteten, haben die finnischen Unterhändler die von den Russen gemachten Vorschläge für die Waffenstillstandsbedingungen abgelehnt.

### Sowjetrussland und Persien.

Br. Paris, 18. Juni. Der "Matin" meldet aus London: Wie der "Daily Telegraph" berichtet, ist die Antwort aus Moskau wegen des persischen Protestes gegen den sowjetisch-witthischen Einfall gestern abend in London eingetroffen. In den unterschiedlichen Kreisen erklärt man, die Regierung von Moskau habe die Räumung Persiens befobt. Sie erklärte jedoch, sie könne weiter garantieren, daß die unabhängige Republik sich die Vorgehen anschließe, noch könne sie verhindern, daß die persischen Bolschewiken

### Die Kampfflage in Kleinasien.

Br. Paris, 18. Juni. (Drabbericht.) Nach einer Meldung des "Temps" aus Konstantinopel hat sich der englische Oberkommissar nach Tiflis begeben. Dort anstern zwei französische Kreuzer. 7000 Truppen von Mustafa Kemal-Pascha's Truppen haben die englische Linie angegriffen. Ein schottisches Regiment wurde nach Tiflis übergeführt.

Br. Konstantinopel, 19. Juni. (Reuter.) Die englischen Verluste bei dem Gefecht bei Ismid belaufen sich auf 23 Verwundete und 18 Tote und Vermisste. Die Gordon-Hochländer haben die Punjab-Truppen entsetzt. Die Nationalisten gruben sich auf den Hügeln ein. Man nimmt an, daß sie einen allgemeinen Angriff auf die Anatoländer planen.

# Die ernste Finanzlage der Stadt Wiesbaden.

Stadtkämmerer Schulte zum Haushaltsplan für 1920.

## Stadtvorordnetensitzung

vom 18. Juni 1920.

Der geitigen außerordentlichen Sitzung der Stadtvorordneten kam eine besonders große Bedeutung zu, die sich auch darin ausdrückte, daß unter dem Vorsteher des Geheimen Justizrats Dr. Uberti 56 Mitglieder, also fast das gesamte Kollegium versammelt waren. Das Hauptinteresse konzentrierte sich, wie alljährlich bei der Staatsberatung, naturgemäß auf die Erläuterung der Ziffern im neuen Haushaltssplan und die Urtüche des diesjährigen Mehrbedarfs von 52 Millionen Mark.

### Herr Stadtkämmerer Schulte

sagte aus:

Meine Damen und Herren! Die Mitteilungen, die Ihnen der Magistrat in diesem Jahre zu dem vorgelegten Haushaltssplan geben will, müssen von den bisher üblichen wesentlich abweichen, wenn sie den bestehenden ganz außergewöhnlichen Verhältnissen Rechnung tragen sollen. Aus diesem Grunde hat der Magistrat jedem Stadtvorordneten als Unterlage für die heutigen Verhandlungen ein Verzeichnis der „Anträge, betr. die Deckung des Mehrbedarfs des Haushaltssplanes 1920/21“ (deren Ziffern wir in der Mittwoch-Abendausgabe mitteilen) zugehen lassen. Vor dem Kriege war es üblich, daß die Verwaltungen und Depar- timente bis Mitte November die Haushaltssätze vorlegten, wodurch der Magistrat sie bis Mitte Januar beriet, und daß dann im Februar die Stadtvorordneten dieselben feststellten. Dieses Verfahren war nur deshalb möglich, weil die Verhältnisse sich nur geringfügig änderten und weil die eintretenden unbedeutenden Veränderungen sich mit genügender Sicherheit im voraus übersehen ließen. In jüngster Zeit kann aber von einer ruhigen, im voraus zu übersehenden Entwicklung gar keine Rede sein. Was gekenn als richtig angesehen werden mußte, erscheint heute schon zweifelhaft und wird morgen vielleicht als nicht mehr aufstellend erkannt werden. In dem diesjährigen Haushaltssatz sind daher ein besonderes Verfahren angewendet, das ermöglichen soll, mit dem Haushaltssatz

wenigstens ein einigermaßen zutreffendes Bild für die vorausichtliche Entwicklung der städtischen Finanzen

in 1920/21

bieten zu können. Die Ausgaben sind bei den einzelnen Verwaltungen ermittelt nach dem Stande der Gehälter und Löhne sowie der Materialpreise, wie er im Dezember 1919 zu verzeichnen war. Durch einen besonderen Nachtrag zu jeder einzelnen Verwaltung sind dann summarisch die großen Änderungen berücksichtigt worden, die in den Monaten Januar bis März 1920 eingetreten sind. In der Überholz- und Zulduktverwaltung sind dann schließlich noch für alle Verwaltungen die Mehrausgaben eingestellt, welche durch die Reform der Beamten-Besoldung und durch die Änderungen der Tarife für die Angestellten und Arbeiter sowie durch die hieraus hervorbrechenden Erhöhungen der Zulagen für die Ruhbehaltenspfänger entstehen. Außerdem sind dann bei dieser Überholz- und Zulduktverwaltung noch die inzwischen als heranziehbar erkannten Mittel zur Deckung des Mehrbedarfs vorsezichtet worden, und zwar Mehreinnahmen der Wasser- und Lichtwerke durch weitere Erhöhung der Tarife, der Schulen durch Erhöhung des Schulgeldes für die höheren und Mittelschulen, des Krankenhauses durch weitere Erhöhungen der Beleggebühren und endlich Erhöhungen aller Verwaltungen durch Verminderung des Personals und durch Vereinfachung der Verwaltung.

Sie werden hieraus erkennen, daß der Haushaltssatz in Angriff genommen und zum größten Teil baldmöglichst zum Druck gegeben werden ist, daß er aber nicht abschlossen werden kann, weil seine Ergebnisse eine brauchbare Unterlage noch nicht bilden. Nun muß aber nach der Stadtsitzung der Haushaltssatz bis Ende Juni genehmigt sein, wenn nicht das Recht der Ablehnung der Steuern an die Regierung übergeben soll. Aus diesem Grunde muß nocheinmal erneut mit den Abteilungen geschieden werden, obwohl ein den Magistrat bestreitender Absturz immer noch nicht möglicher ist. Besonders für diese Verhältnisse ist z. B. das bei den Ihnen vorgelegten Anträgen für die Deckung des Mehrbedarfs unter den noch zu erledigenden Gebäuden die neue Gebührenordnung für das Bebauungsamt aufgeführt ist, die inzwischen in der letzten Stadtvorordneten-Sitzung bereits genehmigt wurde; sie gehört also nicht mehr unter die Gruppe B, sondern steht unter die Gruppe A. Streng genommen hätte überhaupt noch eine Gruppe D zugefügt werden müssen, welche diejenigen Anträge umfaßt, die bereits vom Magistrat genehmigt sind, aber nicht mehr in den Plan hinein verarbeitet werden konnten. So ist vor allem vom Magistrat

eine Erhöhung der Kurzsteuer und des Tarifes der Böderverwaltung

beschlossen worden, die der Stadtvorordneten-Versammlung zugehen werden, sobald der vorgelegte Haushaltssatz zunächst einmal genehmigt ist. Mit dieser Genehmigung sind eben in diesem Jahre die Arbeiten noch nicht abgeschlossen, sondern werden sich voraussichtlich durch das ganze Jahr hinziehen.

Bei den geschilderten Verhältnissen liegt der Gedanke nahe, daß der Haushaltssatz nur äußerlich ein wirklicher Etat, dagegen innerlich nur ein Notierstet ist, und daß man sich deshalb vielleicht von vornherein mit einem einfachen Notierstet hätte behelfen sollen. Diesem Gedankengang hat sich auch der Magistrat nicht verschlossen, er war jedoch der festen Überzeugung, daß es ein unabdingtes Erfordernis sei, auch äußerlich durch die Form eines regelrechten Etats zum Ausdruck zu bringen, daß die Kriegs- und Übergangswirtschaft, daß

das mehr oder minder planlose Daseinswirtschaften endlich einmal aufhören muß.

Die Stadtvorordneten-Versammlung muß durch die Genehmigung des Haushaltssatzes auch äußerlich zu dem alten Grundsatz geladen Finanz- und Wirtschaftspolitik zurückkehren, daß zu jedem Bedarf auch die Deckung gesetzt.

Bei den sich überstürzenden Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse wird der Haushaltssatz nicht in allen kleinen Einzelheiten tatsächlich eingehalten werden können. Es werden daher Verhältnisse eintreten, teils in sinnigem, teils in ungünstigem Sinne. Wie aber auch diese Verhältnisse im einzelnen sein mögen, sie dürfen den Gesamtergebnis, die Deckung der Ausgaben durch die Einnahmen, nicht beeinflussen. Den Haushaltssatz mit einem ungedeckten Fehlbedarf vorsezulegen, hat der Magistrat für durchaus unsäglich gehalten. Der genehmigte Haushaltssatz muß nun aber auch nach diesem Grundsatz der Balancierung der Einnahmen und Ausgaben tatsächlich durchgeführt werden, da eine Deckung eines so ergebenen Fehlbedarfs durch eine Anleihe unter keinen Umständen in Frage kommen kann. Sollte am Ende des Jahres trotzdem ein Fehlbedarf zu verzeichnen sein, dann muß dieser auf das nächste Jahr vorgezogen werden, das dann um so schwerer zu Einnahmen und Ausgaben balanciert werden

könnte. Nach dem Verzeichnis sind bereits 33 Anträge im Gesamtbetrag von 14,6 Millionen Mark genehmigt worden; noch zu genehmigen sind Anträge in Höhe von 11,1 Millionen Mark und schließlich sind in den einzelnen Voranschlägen noch Mehreinnahmen im Betrage von 26 Millionen Mark enthalten, die durch die Feststellung des Haushaltssatzes mitgenehmigt werden. Die Summe dieser drei Summen am Schluß des Verzeichnisses ergibt dann eine Gesamtdekung von 51,75 bzw. von rund 52 Millionen Mark.

Unter den in den Voranschlägen enthaltenen Mehreinnahmen ist bei der Steuerverwaltung in dem Betrage von 18,3 Millionen Mark die Besteuerung enthalten, die die Stadt infolge der nachträglichen Erhöhung des Zulages zur Einkommensteuer vom Reich mehr überwiesen erhält. Die Stadt hat sich bekanntlich im Laufe des Staatsjahr 1919 zur Deckung der zu erwartenden Fehlbedarfe gewungen gezeigt, den Zuschlag zur Einkommensteuer von 270 auf 472,5 Prozent zu erhöhen. Da sie nun für das Jahr 1920 das Aufkommen an Einkommensteuer im Jahre 1919 ausgleich 25 Prozent Steigerung aus der Reichseinkommensteuer gewöhnt erhält, beträgt die Mehrüberweisung aus der Reichseinkommensteuer 15,2 Millionen Mark. Wohltritt sind also außer den bereits durch genehmigte Erhöhungen gedekten 14,6 Millionen Mark die 15,2 Millionen Mark auch schon gedekt worden, so daß von dem Gesamtbudgetbedarf von rund 52 Millionen Mark über den Betrag von 26,8 Millionen Mark eine Entscheidung nicht mehr notwendig ist.

Der Mehrbedarf von 52 Millionen Mark bedeutet für Wiesbaden einen ganz gewaltigen Betrag, da im Frieden der Mehrbedarf in der Regel unter 1 Million blieb. Diese gewaltige Steigerung des Mehrbedarfs und die Tatsache, daß an ihr jede einzelne Verwaltung beteiligt ist, machen es praktisch unmöglich, auf jede einzelne Erhöhung des Bedarfs einzugehen. Der zu bedenkende Mehrbedarf von 52 Millionen Mark verdeckt sich durch, da er sich aus den Bruttoausgaben zusammenfest. In der Zusammenstellung der ordentlichen Verwaltung sind die Bruttoausgaben mit 138,8 Millionen, also mit einem noch viel gewaltigeren Betrag nachgewiesen. Dieser bedarf der Auflösung. In dem Haushaltssatz für 1920 sind die Aufgaben, welche der Stadt durch den Krieg und die Übergangs-wirtschaft erstanden sind und bis auf weiteres, wenn auch in beschränktem Umfang noch verbleiben werden, mit aufgenommen, während in den Plänen der Kriegsziele eine Veranschlagung dieser Ausgaben nicht stattgefunden hat. Die Kriegswirtschaft ist in die Friedenswirtschaft an drei Stellen eingefügt worden, und zwar als Verwaltung für Betriebsaufbau mit Lebensmitteln, Brennstoffen und Bekleidung mit rund 76 Millionen Mark, beim Wohnungs- und Siedlungsaamt mit 5,5 Millionen Mark und beim Wohlfahrtsamt mit rund 5,5 Millionen Mark. Diese drei Posten stellen nun zwar eine Vermehrung der in dem Haushaltssatz zusammengefaßten Aufgaben, aber nicht eine Erhöhung des Aufwandes der Stadtverwaltung dar. Zum Beispiel in der Verpflegung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Brennstoffen und Bekleidung nach dem Grundsatz erachtet, daß die Kosten nicht zu dem Preis stehen sollen, doch die Ausgaben durch sie volle Deckung finden, vom Kaufmännischen Standpunkt aus wird man daher den Posten von 76,1 Millionen als eine Erhöhung des Umsatzes, aber nicht als eine Vermehrung der Geschäftsausgaben ansehen, unter denen man üblicherweise die Geschäftsaufkosten versteht. Beim Wohnungs- und Siedlungsaamt finden die Aufgaben, welche die Stadt in Rücksicht auf die Unterbringung der Bevölkerungsgruppen machen muß, eine Deckung durch ihren Ertrag seitens des Reiches; beim Wohlfahrtsamt schließlich, bei welchem die Gewerkschaftslosenfürsorge den weitaus größten Anteil an den genannten 5,5 Millionen Mark hat, erzielt das Reich, wenn auch nicht die ganzen, so doch den größten Teil der Aufwendungen. Wenn man nun das Feststellen hat, bei den Bruttoausgaben der Verwaltung zwischen dem Umtak und dem Mehraufwand zu unterscheiden, dann ist es als notwendig zu erachten, von den rund 139 Millionen rechnungsmäßiger Bruttoausgaben die genannten drei Posten, soweit sie durchlaufend sind, im Gesamtbetrag von 87 Millionen abzuziehen, wodurch sich dann der Mehrbedarf von rund 52 Millionen ergibt.

Die Zusammenstellung der ordentlichen Verwaltung zeigt in Einnahmen und Ausgaben den gleichen Betrag von 173 Millionen aus und zeigt im Vergleich mit dem Vorjahr die bereits genannten Bruttoausgaben von 139 Millionen, die sich durch Ausziehung der drei Posten aus der Kriegswirtschaft auf 52 Millionen, also auf den als Mehrbedarf des neuen Kriegsabes gegenüber dem alten wiederholt genannten Betrag ermitteln. In den Mitteilungen des Magistrats zu den Haushaltssätzen früherer Jahre ist der Mehrbedarf gegenüber den Vorjahren in seinen Einzelheiten genau auseinandergestellt und hierbei gleichzeitig der Nachweis erbracht worden, daß die einzelnen Bruttoausgaben in ihrer Gesamtheit durch die Gesamtheit der einzelnen Mehreinnahmen ihre Deckung finden. Die Eigenart des diesjährigen Haushaltssatzes läßt es aber unbedingt geboten erscheinen, noch eine zusammenfassende Übersicht über

die Hauptzahlen des Mehrbedarfs und über die Hauptmittel seiner Deckung zu geben. Der Mehrbedarf lebt sich zusammen aus: 31 Millionen für Gehälter und Löhne, 11 Millionen für Materialien, 2 Millionen für Wohlfahrtsamt, Wohnungsförderung usw., 1 Million für den Zinsendienst, 7 Millionen für den Mehrbedarf der Verwaltungen an Unterhaltungs- und Betriebsausgaben. Der erste Posten von 31 Millionen kennzeichnet schon für sich allein die Lage! Während im Frieden die Gesamtausgaben des Haushaltssatzes vielleicht 22 Millionen betrugen, sind vom Jahre 1919 auf 1920

die Ausgaben an Gehältern und Löhnen allein schon um 31 Millionen gewachsen.

Da nun die Anzahl der Beamten und Arbeiter für 1920 infolge des Abbaus der Kriegswirtschaft niedriger ist als im Jahre 1919, erläutert sich der gewaltige Mehrbedarf einerseits aus der Übernahme der Teuerungszuflagen von dem Kriegsamt auf die ordentliche Verwaltung und andererseits aus der seit Anfang des Jahres eingetretenen wesentlichen Erhöhung der Gehälter und Löhne. Gerade in bezug auf die Höhe der Gehälter und Löhne ist aber die Stadt in ihren Entwicklungen praktisch nicht frei; so z. B. zwangen die Bevölkerungsreform, die von Reich und Staat vorgenommen und den Gemeinden zur Nachahmung empfohlen wurde, und die Tarifverträge, die in allen größeren Städten abgeschlossen worden sind, die Stadtverwaltung, sich allgemein als notwendig erkannten Sägen anzupassen. Diese zweifellos hohen Sägen sind ihrerseits wieder bedingt durch die Teuerung aller Nahrungsmittel und Lebensmittel und müssen den Beamten und Arbeitern gewährt werden, wenn die Stadt sie arbeitsfähig

und arbeitsfreudig erhalten will. Untererleits muß aber auch die Stadt nach Bewilligung so hoher Gehälter und Löhne eine Arbeitswilligkeit von Beamten und Arbeitern erwartet, die die Interessen des Dienstes vor Partei- und Standesfragen stellt. Die hohen Ausgaben für Gehälter und Löhne zu ermäßigen ist der Stadt nur möglich, wenn sie eine Verminderung der Zahl der Beschäftigten einstreiten läßt. Magistrat und Stadtvorordnete haben in diesem Sinne eine gemischte Kommission zur Beratung des Haushaltssatzes eingerichtet, die in erster Linie einen Personalrat aufzustellen und bei dieser Gelegenheit gleichzeitig Vereinfachungen in der Verwaltung vorzulegen sollte. Die Kommission hat sich dieser zweifellos un-dankbaren Aufgabe mit Eifer gewidmet und gute Erfolge erzielt. Sie hat aber ihre Arbeiten naturgemäß nicht abschließen können, sondern mußte, um die angefangenen Arbeiten weiterzuführen, bestehen bleiben. Sie kann, wenn dieser Vorschlag Anfang findet, mit der Kammer und dem Personalrat zusammen an der Durchführung der Verwaltungsreformen arbeiten, die sie zunächst nur anregen konnte.

Den Bestrebungen der Stadtverwaltung, den Bestand an Personal einzuschränken, sieht die Notwendigkeit gegenüber, den von der Stadtvorordneten-Versammlung weitgehendst unterstützten Wünschen der Angestellten entsprechend wenigstens die längere als 10 Jahre bereit für die Stadt tätigen Personen zur festen Anstellung zu bringen. Die Lösung dieser Frage bedarf nun noch der Überwindung verschiedener Hindernisse, auf die aber heute nicht näher eingangen werden soll. Heute dürfte die Meinung genügen, daß eine befriedigende Lösung gefunden ist, über die in der nächsten Stadtvorordneten-Versammlung der Herr Bürgermeister Näheres mitteilen wird.

Der über die 31 Millionen für Gehälter und Löhne hinaus vorhandene Mehrbedarf erklärt sich ohne weiteres aus der bekannten großen Steigerung der Materialpreise, insbesondere für Kohlen, aus der schwierigen wirtschaftlichen Lage großer Kreise der Bevölkerung, aus der verschwundenen Wohnungsnachfrage, aus der Vermehrung der Bruttoausgaben und Verminderung der Ausgaben 3,8 Millionen. Wenn von den letzten drei Posten, die in diesem Zusammenhang kaum einer weiteren Erklärung bedürfen, abgesehen wird, dann erfolgt die Deckung je zur Hälfte durch Steuern und durch Gebühren, Tarife usw. im Betrage von 23 bzw. 21 Millionen. Jedes dieser beiden Deckungsmittel muß also soviel Einnahmen bringen, als in Frieden die Gesamtumlage des Haushaltssatzes auf der Einnahmen- und Ausgabenliste ausmacht. Diese Aufgabe ist aber nur dann zu lösen, wenn die Steueraufgabe bis zum alleräußersten angezogen wird, und wenn die Gebühren und Tarife bis zur Unmöglichkeit erhöht werden. Wie in früheren Jahren das Haupgewicht auf eine möglichst gerechte Verteilung der Lasten gelegt wurde, so muß bei dem diesjährigen Haushaltssatz das Augenmerk hauptsächlich darauf gerichtet werden, das Höchstmaß von Einnahmen aus den Bürgern herauszubauen. So ist es auch verständlich, daß bei den betreffenden Beratungen in allen Depar- timenten die Heranziehung der Bürger, gleichviel ob sie durch Steuern oder durch Gebühren und Tarife erfolgt, als viel zu weitgehend bezeichnet wurde. Dieser Aufschluß kann vom Standpunkt jedoch finanziell nur insofern begegnet werden, als in dieser Übermäßigkeit Inanspruchnahme der Gewalt durch die Kriegswirtschaft nur insofern beigegegnet werden, als in Frieden die Gesamtumlage des Haushaltssatzes auf der Einnahmen- und Ausgabenliste ausmacht. Diese Aufgabe ist aber nur dann zu lösen, wenn die Steueraufgabe bis zum alleräußersten angezogen wird, und wenn die Gebühren und Tarife bis zur Unmöglichkeit erhöht werden. Wie in früheren Jahren das Haupgewicht auf eine möglichst gerechte Ver- teilung der Lasten gelegt wurde, so muß bei dem diesjährigen Haushaltssatz das Augenmerk hauptsächlich darauf gerichtet werden, das Höchstmaß von Einnahmen aus den Bürgern herauszubauen. So ist es auch verständlich, daß bei den betreffenden Beratungen in allen Depar- timenten die Heranziehung der Bürger, gleichviel ob sie durch Steuern oder durch Gebühren und Tarife erfolgt, als viel zu weitgehend bezeichnet wurde. Dieser Aufschluß kann vom Standpunkt jedoch finanziell nur insofern begegnet werden, als in dieser Übermäßigkeit Inanspruchnahme der Gewalt durch die Kriegswirtschaft nur insofern beigegegnet werden, als in Frieden die Gesamtumlage des Haushaltssatzes auf der Einnahmen- und Ausgabenliste ausmacht. Diese Aufgabe ist aber nur dann zu lösen, wenn die Steueraufgabe bis zum alleräußersten angezogen wird, und wenn die Gebühren und Tarife bis zur Unmöglichkeit erhöht werden. Wie in früheren Jahren das Haupgewicht auf eine möglichst gerechte Ver- teilung der Lasten gelegt wurde, so muß bei dem diesjährigen Haushaltssatz das Augenmerk hauptsächlich darauf gerichtet werden, das Höchstmaß von Einnahmen aus den Bürgern herauszubauen. So ist es auch verständlich, daß bei den betreffenden Beratungen in allen Depar- timenten die Heranziehung der Bürger, gleichviel ob sie durch Steuern oder durch Gebühren und Tarife erfolgt, als viel zu weitgehend bezeichnet wurde. Dieser Aufschluß kann vom Standpunkt jedoch finanziell nur insofern begegnet werden, als in dieser Übermäßigkeit Inanspruchnahme der Gewalt durch die Kriegswirtschaft nur insofern beigegegnet werden, als in Frieden die Gesamtumlage des Haushaltssatzes auf der Einnahmen- und Ausgabenliste ausmacht. Diese Aufgabe ist aber nur dann zu lösen, wenn die Steueraufgabe bis zum alleräußersten angezogen wird, und wenn die Gebühren und Tarife bis zur Unmöglichkeit erhöht werden. Wie in früheren Jahren das Haupgewicht auf eine möglichst gerechte Ver- teilung der Lasten gelegt wurde, so muß bei dem diesjährigen Haushaltssatz das Augenmerk hauptsächlich darauf gerichtet werden, das Höchstmaß von Einnahmen aus den Bürgern herauszubauen. So ist es auch verständlich, daß bei den betreffenden Beratungen in allen Depar- timenten die Heranziehung der Bürger, gleichviel ob sie durch Steuern oder durch Gebühren und Tarife erfolgt, als viel zu weitgehend bezeichnet wurde. Dieser Aufschluß kann vom Standpunkt jedoch finanziell nur insofern begegnet werden, als in dieser Übermäßigkeit Inanspruchnahme der Gewalt durch die Kriegswirtschaft nur insofern beigegegnet werden, als in Frieden die Gesamtumlage des Haushaltssatzes auf der Einnahmen- und Ausgabenliste ausmacht. Diese Aufgabe ist aber nur dann zu lösen, wenn die Steueraufgabe bis zum alleräußersten angezogen wird, und wenn die Gebühren und Tarife bis zur Unmöglichkeit erhöht werden. Wie in früheren Jahren das Haupgewicht auf eine möglichst gerechte Ver- teilung der Lasten gelegt wurde, so muß bei dem diesjährigen Haushaltssatz das Augenmerk hauptsächlich darauf gerichtet werden, das Höchstmaß von Einnahmen aus den Bürgern herauszubauen. So ist es auch verständlich, daß bei den betreffenden Beratungen in allen Depar- timenten die Heranziehung der Bürger, gleichviel ob sie durch Steuern oder durch Gebühren und Tarife erfolgt, als viel zu weitgehend bezeichnet wurde. Dieser Aufschluß kann vom Standpunkt jedoch finanziell nur insofern begegnet werden, als in dieser Übermäßigkeit Inanspruchnahme der Gewalt durch die Kriegswirtschaft nur insofern beigegegnet werden, als in Frieden die Gesamtumlage des Haushaltssatzes auf der Einnahmen- und Ausgabenliste ausmacht. Diese Aufgabe ist aber nur dann zu lösen, wenn die Steueraufgabe bis zum alleräußersten angezogen wird, und wenn die Gebühren und Tarife bis zur Unmöglichkeit erhöht werden. Wie in früheren Jahren das Haupgewicht auf eine möglichst gerechte Ver- teilung der Lasten gelegt wurde, so muß bei dem diesjährigen Haushaltssatz das Augenmerk hauptsächlich darauf gerichtet werden, das Höchstmaß von Einnahmen aus den Bürgern herauszubauen. So ist es auch verständlich, daß bei den betreffenden Beratungen in allen Depar- timenten die Heranziehung der Bürger, gleichviel ob sie durch Steuern oder durch Gebühren und Tarife erfolgt, als viel zu weitgehend bezeichnet wurde. Dieser Aufschluß kann vom Standpunkt jedoch finanziell nur insofern begegnet werden, als in dieser Übermäßigkeit Inanspruchnahme der Gewalt durch die Kriegswirtschaft nur insofern beigegegnet werden, als in Frieden die Gesamtumlage des Haushaltssatzes auf der Einnahmen- und Ausgabenliste ausmacht. Diese Aufgabe ist aber nur dann zu lösen, wenn die Steueraufgabe bis zum alleräußersten angezogen wird, und wenn die Gebühren und Tarife bis zur Unmöglichkeit erhöht werden. Wie in früheren Jahren das Haupgewicht auf eine möglichst gerechte Ver- teilung der Lasten gelegt wurde, so muß bei dem diesjährigen Haushaltssatz das Augenmerk hauptsächlich darauf gerichtet werden, das Höchstmaß von Einnahmen aus den Bürgern herauszubauen. So ist es auch verständlich, daß bei den betreffenden Beratungen in allen Depar- timenten die Heranziehung der Bürger, gleichviel ob sie durch Steuern oder durch Gebühren und Tarife erfolgt, als viel zu weitgehend bezeichnet wurde. Dieser Aufschluß kann vom Standpunkt jedoch finanziell nur insofern begegnet werden, als in dieser Übermäßigkeit Inanspruchnahme der Gewalt durch die Kriegswirtschaft nur insofern beigegegnet werden, als in Frieden die Gesamtumlage des Haushaltssatzes auf der Einnahmen- und Ausgabenliste ausmacht. Diese Aufgabe ist aber nur dann zu lösen, wenn die Steueraufgabe bis zum alleräußersten angezogen wird, und wenn die Gebühren und Tarife bis zur Unmöglichkeit erhöht werden. Wie in früheren Jahren das Haupgewicht auf eine möglichst gerechte Ver- teilung der Lasten gelegt wurde, so muß bei dem diesjährigen Haushaltssatz das Augenmerk hauptsächlich darauf gerichtet werden, das Höchstmaß von Einnahmen aus den Bürgern herauszubauen. So ist es auch verständlich, daß bei den betreffenden Beratungen in allen Depar- timenten die Heranziehung der Bürger, gleichviel ob sie durch Steuern oder durch Gebühren und Tarife erfolgt, als viel zu weitgehend bezeichnet wurde. Dieser Aufschluß kann vom Standpunkt jedoch finanziell nur insofern begegnet werden, als in dieser Übermäßigkeit Inanspruchnahme der Gewalt durch die Kriegswirtschaft nur insofern beigegegnet werden, als in Frieden die Gesamtumlage des Haushaltssatzes auf der Einnahmen- und Ausgabenliste ausmacht.

gesommen ist. Der Stadtkämmerer wies dann auf die hohen Kosten für Straßenunterhaltung, die großen Zuschüsse zu den Schulen bzw. den Beitrag für Kunst und Wissenschaft, den und hob hervor: Wenn die Ausgaben, welche die Stadtverwaltung für die verschiedenen Bedürfnisse hat, gleichmäßig auf alle Haushaltungen verteilt würden, dann müßte jeder einzelne Haushalt höchstens 1508 M. aufbringen. Da dieses nun dem ärtesten Teil der Haushaltungen nicht möglich ist, muß eine andere Verteilung der Kosten stattfinden. Hierbei ist allerdings das Ziel nur zu erreichen, wenn jeder einzelne Haushalt entsprechend seiner Leistungsfähigkeit in vollem Maße in Anspruch genommen wird. Nach dem Kommunalabgabengesetz sollen die Gemeinden in erster Linie verluden, mit ihrem eigenen Einkommen auszukommen, darüber hinaus belastete Gebühren weiteren Bedarf durch Realsteuern und indirekte Steuern decken und nur äußersten Falles die Einkommensteuer in Anspruch nehmen. Für die Besteuerung des reichsreinen Teiles der Einkommen wird nächstens der Stadtverordneten-Versammlung noch eine besondere Vorlage zugehen, da bisher die Rechtsgrundlage für diese Steuer noch nicht ausreichend gelaufen ist.

Außerdem Anteil an der Reichseinkommensteuer erhält die Stadt von Reich und Staat noch Zuschüsse im Betrage von 254 M. bezogen auf den Haushalt. Die Einkommensteuer für Gemeinde und Staat und die genannten Zuschüsse bringen zusammen von den 1508 M. Geläufigt allein 1095 M. also 73 Prozent auf. Der Bedarf der Stadt findet also im wesentlichen durch diesen Betrag seine Deckung. Nun ist aber hervorzuheben, daß die Höhe des Anteils an der Reichseinkommensteuer berechnet nach dem Steueraufkommen des Jahres 1919 gemäß § 27 des Landesteuerrechtes nur für das Jahr 1920 ausreichend ist. Für die weiteren Jahre wird der Anteil nach dem örtlichen Aufkommen an Einkommensteuer festgestellt werden, welches letzteres dann wieder seine frühere Bedeutung für die Stadt zurückkehrt.

Das örtliche Aufkommen an Einkommensteuer wird nun aber in Wiesbaden durch die Steuerpolitik des Reiches, insbesondere durch das Reichsministerium, als häufig außerordentlich herabgedrückt werden.

Da in allen neuen Steuergesetzen unverkennbar die Abhängigkeit liegt, vor allem die großen Vermögen und den Luxus bis zum äußersten zu beladen. Die Wirkung der Steuerpolitik muß also in Wiesbaden, dessen Einkommen nur einmal auf den großen Vermögen weniger reicher Bürger und auf dem Luxus des Wohllebens beruhte, in unauflöslichem Sinne zum Ausdruck kommen.

Die Zuschüsse von Reich und Staat in Höhe von 254 M. sind recht beträchtlich. Sie werden aber auch wohl kaum dauernd in dieser Höhe bestehen bleiben, oder sie werden, wenn sie bestehen bleiben sollten, auf den Anteil an der Reichseinkommensteuer ganz oder teilweise angerechnet werden. Aus diesem Grunde soll man sich vor allem nicht zu großen Hoffnungen bezüglich der Entlastung der Gemeinden auf dem Gebiete des Schutzwelns hingeben. Für die späteren Haushaltssätze wird zwischen Staat und Gemeinde der Kampf um den Anteil an der Reichseinkommensteuer erleben. Wir wollen hoffen, daß Reich und Staat sich der Einsicht nicht verschließen, daß die Gemeinden letzten Endes die Grundlage für sie beide sind, und daß sie deshalb die Gemeinden in weitergehender Weise stützen müssen. Reich, Staat und Gemeinde sind durch die Not Deutschlands zu einem Ganzen zusammengelebt; wie viel sie zusammen aufwenden dürfen, das hängt leichten Endes davon ab, wie viel der Bürger außerstaatliches Leben kann. Das Schlafwort: „Es muß gehen“, das man so oft hört, wenn Einschränkungen gefordert werden, wird gegenüber den eisernen Tatsachen verschwinden müssen, daß der Bürger nicht mehr hergeben kann. Als er hat. Ob dieses aber reicht, um alle Bedürfnisse aufzufrieden, das ist noch durchaus zweifelhaft. Diese Tatsache müssen Reich, Staat und Gemeinde sich bei allen ihren Maßnahmen keinesfalls vor Augen halten, wenn sie überhaupt die Einsicht haben wollen, den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft zu vermeiden. Unmöglich kann daher auch die Gemeinde für sich die Aufgabe lösen: sie kann nur für ihren Teil an der Lösung bestehen mitwirken. Die gemeinsame Not zwinge eben jeden, an seinem Blaue keine Rücksicht zu tun. Wenn die Stadtverordneten-Versammlung in diesem Jahre den Haushaltssatz berät, muß sie sich bewußt sein, daß sie nicht nur gegenüber der Bürgerschaft Wiesbadens, sondern gegenüber dem ganzen deutschen Volk eine schwere Verantwortung trägt. Diesem Pflichtbewußtsein wird es dann aber auch gelingen, die Finanzen Wiesbadens, die bisher sehr gelinde waren, sinnvoll wirtschaften zu lassen und zu erhalten, wie die schwierigen Verhältnisse, deren Anderung außerhalb des Machtbereiches der Stadt liegt, es irgendwie gestatten. (Beifall.)

#### Die Debatte

Eröffnete der sozialdemokratische Fraktionsvorsteherende Stadtrat Witte. Er erkennt die traurige Finanzlage der Stadt, die der Stadtkämmerer geschildert hat, im allgemeinen ohne weiteres an und betont, daß er erst bei der Spezialberatung auf die einzelnen Posten und Ziffern eingehen werde, da die Zeit seit Auftreibung des umfangreichen Berichts zu kurz war, um ihn genauer durchgehen zu können. Der Redner erörtert dann im allgemeinen die Ursachen der Finanznot der Stadt, die er einzigt und allein in dem Krieg und seinen verhängnisvollen Folgen erblickt, kritisierte ferner die Politik der Stadtverordneten und empfiehlt, indem er beweist, daß die Kurindustrie auf die Dauer als der einzige Lebensnerv Wiesbadens gelten könne, produktive Kommunalpolitik und Einwohnerpolitik, um seine Arbeiter entlassen zu können. Man möge zu diesem Zweck insbesondere auch die Initiative auf dem Baumarkt in die Hand nehmen, um die Wohnungsnot zu lindern. Im Zusammenhang hiermit hält der Redner eine gründliche Neorganisation des biesigen Wohnungsmarktes, das an Ansehen eingeföhrt habe, für dringend notig, damit tatsächlich alle Familien ohne Unterbrechung wohnlich der Feindseligkeit nach untergebracht werden könnten. Ebenso müsse das Arbeitsamt eine gründliche Reform erfordern, und zwar dahingehend, daß es nicht nur Arbeit vermittelte, sondern auch Arbeit suchte. Der Redner kreift dann ferner die Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge wie der sozialen Fürsorge überhaupt und empfiehlt im Zusammenhang mit den Befreiungen der Errichtung eines Vollbildungssamtes die Volksstiehalle in städtische Regie zu übernehmen. Was die von der Reichseinkommensteuer betroffenen Einkommensstufen betrifft, so ist der Redner der Meinung, daß man diese nicht berücksichtigen, sondern dafür andere Steuergesetze erlässt und hält es für nötig, unter Ausnutzung aller Möglichkeiten unser Wirtschaftsleben in Wiesbaden auf die neuen Verhältnisse insbesondere aber auf den neuen Geist der Zeit einzustellen, was man in verschiedenen Verwaltungszweigen noch sehr vermisse.

Stadtrat Tschirhart v. Esch erklärte als Führer der demokratischen Stadtverordnetenfraktion ebenfalls, daß die Zeit zu kurz bemessen sei, um das große Ziffernmaterial des Berichts zu prüfen. Mit dem Hinweis, daß der Stadtrat aber ab seinem Vortredner auf das allgemeine Gebiet der Urtasse in dieser Finanznot der Stadt zu folgen und eine politische Rede zu halten, die überdies nur eine Wiederholung all der Wünsche darstelle, welche die sozialdemokratischen Stadtverordneten in der letzten Zeit bei den verschiedenen Gelegenheiten vorgebracht hätten.

Stadtrat Rechtsanwalt Krüger als Staatsredner der Fraktion der Deutschen Volkspartei führt besonders den

Ernst vor Augen, den die Finanzlage der Stadt nach den tatsächlichen Ausführungen des Stadtkämmerers zeigt und verteidigt gegenüber den Äußerungen des sozialdemokratischen Vortredners die Auflösung, daß das finanzielle der Städte nicht allein eine Folge des Krieges, sondern mehr noch eine Folge der Wirtschaftskrise nach dem Kriege gewesen sei, was daraus hervorgehe, daß die Ausgaben für die Kriegsosten nach den Angaben des Stadtkämmerers sich auf 88 M. pro Haushalt, aber jetzt auf 1508 M. belaufen. Bei den ausführungen, die von den Sozialdemokraten als Voraussetzung aufgestellt wurden, entstand leider, zum Teil noch als Reaktion einer vorherigen Erregung über einen Misserfolg bei anderer Gelegenheit, eine Szene, die dem Stadtparlament besser erwartet geblieben wäre und von der deshalb hier lieber geschwiegen sein soll.

Stadtr. Horn regt an — wie sich später durch eine Erörterung des Herrn v. Esch herausstellt, freilich nur für seine Partei — eine Spielbank wie vor dem Jahre 1870 zu errichten, durch die Milliarden gewonnen werden könnten.

Stadtr. Greis (Unabh.) schreibt ebenfalls die Schuld an der Finanznot allein dem Krieg und dessen Folgen zu, macht aber nicht nur die, die den Krieg mitgemacht, sondern auch diejenigen, die mitbewilligt hätten, verantwortlich für den Zulauf und hält die Sozialisierung und Kommunalisierung für nötig, wenn bessere Verhältnisse eingetreten sollten.

Bürgermeister Travers hält bei dem ungeheueren Ernst der Tatsachen gern geboss, daß bei dieser Staatsberatung politische Erwägungen ganz vermieden worden wären. Im übrigen hält er es für zweckmässiger, als zuerst einmal eingehend mit den positiven Vorschlägen des Maistrats zu beginnen, als mit Wünschen und Anträgen zu kommen, deren praktische Durchführung augenblicklich mehr oder weniger leicht greifbar erscheinen. Den Vorschlag zur Errichtung einer Spielbank tat der Bürgermeister glatt mit den Worten ab: „Es muß gearbeitet, nicht geleiht werden“, und denkt gegenüber den weiteren Bildungsbestrebungen, daß ohne Geld auch keine große Kulturaufgaben zu lösen seien. Der Bürgermeister läßt mir der Bemerkung, daß der Stadtkämmerer ein Kunststück geleistet habe, den Stadtr. in diesem Augenblick und in dieser Aussicht vorlegen zu können.

Nach weiterer Lehrtätigkeit, in welcher u. a. Stadtr. Reitzenbach ruhig und doch keinen kommunistischen Standpunkt vertrat und das Siedlungswesen als das Fundament der Zukunft pries, wurde der Stadtr. an den Finanzausschuß überwiesen.

Vor der Staatsberatung wurde außer zwei kleineren Vorlagen über die Vornahme

#### der Wahl zum Kommunalwahltag

verhandelt. Dieselbe kann nun mehr vorgenommen werden, da innerhalb der dafür festgelegten Frist Einspruch gegen das Gesetz nicht erhoben worden ist. Der Vorsitzende gab davon Kenntnis und machte die Mitteilung, daß für die Wahl vier Vorlaßlisten vorliegen. Die Liste 1, die Zentrumsliste, enthielt nur die Namen Landgerichtsrat Wilhelm Schmidt und Stadtrat Hirt, die zweite der vereinten Mehrheitssozialisten und Unabhängigen verzeichnete folgende Namen: Otto Witte, Willi Lieber, Heinricher und Bauer, die Liste 3 (die Demokratische) verzeichnete 6 Bewerber: Geh. Justizrat Dr. Alberti, Justizrat v. Esch, Franz Neben, Helmut Hildner und Hanßmann, und die vierte, die der vereinten Volkspartei und Deutschnationalen, 5. nämlich Bürgermeister Travers, Stadtrat Arntz, Rechtsanwalt Krüger, Weber und Dr. Freienius. Bei der Abstimmung werden Zettel abgegeben für die Zentrumsliste 8, die sozialdemokratische Liste 18, die demokratische 14 und die Liste der beiden Reichsparteien 18; drei Stadtverordnete haben leere Umschläge ab. Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl darf demnach gewählt: ein Zentrumsmittel, je zwei Sozialdemokraten und Demokraten und ein Rechter, nämlich Landgerichtsrat Schmidt, die Stadtverordneten Witte, Lieber, Dr. Alberti, v. Esch und Bürgermeister Travers. Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Die Steuerarten für Arbeitnehmer werden laut Veröffentlichung des Magistrats im ehemaligen Museum ab Montag, den 21. bis Donnerstag, den 24. Juni, ausgetragen. Den Arbeitnehmern wird im eigenen Interesse nahegelegt, sich mit den Vorwürfen über die vorläufige Erhebung von Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920, die am 25. Juni 1920 in Kraft treten, aus der Bekanntmachung des Finanzamtes Wiesbaden vom 12. Juni 1920 artiglich befreien zu machen.

— **Staatstheater in Wiesbaden**. Durch die dem Gelehrten 7. 5. 20 beigelegte Dienstleistung der unmittelbaren Staatsbeamten bestiegene Bevölkerungsordnung für die Staatsbeamten ist bestimmt worden, daß die früheren Königlich Preußischen Staatstheater in Berlin, Kassel, Hannover und Wiesbaden jetzt als gemein Staatstheater bezeichnet. Das bisherige bisländische Landestheater führt also jetzt die Bezeichnung „Staatstheater in Wiesbaden“.

— **Kunst in der Wilhelmsbahnkalt für deutsche Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften**. Besonders auf die vor einigen Tagen in der Tagespresse unter der obigen Spitznamen erschienene Notiz wird, um Irrtümern vorzubeugen, darauf aufmerksam gemacht, daß für ehemalige Deeresangehörige der Gebrauch der Kurmittel in der Wilhelmsbahnkalt zwischen 11 und 1 Uhr freigesetzt ist. Aufnahme mit Verpflegung findet jedoch nicht statt. Röhre Auskunft erteilt die Verwaltungsstelle Wiesbaden, Bertramstraße 3.

— **Kein Bericht auf die Dienstwohnung**. Die Dienstwohnung wird von den Beamten mitunter verschmäht. Ginet solchen Bitte um Bericht kann aber nach einer Verfügung des Reichsstaatsministers nur in ganz besonderen Fällen nähergegangen werden. Vor der Einbehaltung des Wohnungsgeldzuschusses oder der fünfjährigen Vergütung für die Benutzung einer Dienstwohnung kann nur dann abgelehnt werden, wenn die Wohnung verwertet werden kann, ohne den Fiskus zu schädigen. Wenn die Räume an einen Dritten vermietet werden, so entstehen Schwierigkeiten und Kosten für den Fiskus, weil dann bei einem Personenwechsel der neue Stelleninhaber Anspruch auf die Dienstwohnung erheben kann und weil wegen der Wohnungsnote eine sofortige Räumung der Wohnung nicht zu erreichen ist. Soll die Wohnung für andere Dienstzwecke verwendet werden, so entstehen nicht unwesentliche Kosten für die Anpassung der Räume für neuen Zweck und die Belebung dieser Vorkehrungen bei der späteren Wiederbenutzung als Wohnung.

— **Der Rassehundheimat beschäftigt**, eine Ortsgruppe Wiesbaden zu gründen und lebt zu diesem Zweck zu einer Versammlung im Hotel Vogel (Sternschein), Rheinstraße, am Montag, den 21. Juni, 8½ Uhr abends, ein. Alle Freunde der rassehaften Hunde sind willkommen.

— **Auktion**. Morgen Sonntag, vermittags von 11½ bis 12 Uhr, findet im Augusten ein Promenadenkonzert, ausgeführt von der Kapelle des Wiesbadener Musikvereins, im Augusten statt. — Für Montag kommt die Worte von 4 bis 6½ Uhr nachmittags wieder ein Tanz-Termin aufzugeben.

**Berichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes**

- **Röckenh-Theater**. Sonntag, den 20. Juni, nach 3 Uhr, halbe Preise: „Das Bildschmied“. Abends 7 Uhr: „Daphne in der Unterwelt“. Montag, den 21. 7 Uhr: „Liebe im Schnee“. Dienstag, den 22. 7 Uhr: „Der heile Bauer“. Mittwoch, den 23. 7 Uhr: „Wie heißt die Tänzerin“. Donnerstag, den 24. 7 Uhr: „Die Frau im Hermelin“. Freitag, den 25. 7 Uhr: „Daphne in der Unterwelt“. Samstag, den 26. 7 Uhr, zum ersten Mal: „Morgen wieder lustig“. Sonntag, den 27., nachm. 3 Uhr: „Wiener Blut“. Abends 7 Uhr: „Morgen wieder lustig“.

\* **Röckenh-Theater**. Sonntag, den 20. Juni, nachm. 3 Uhr, halbe Preise: „Das Bildschmied“. Abends 7 Uhr: „Daphne in der Unterwelt“. Montag, den 21. 7 Uhr: „Liebe im Schnee“. Dienstag, den 22. 7 Uhr: „Der heile Bauer“. Mittwoch, den 23. 7 Uhr: „Wie heißt die Tänzerin“. Donnerstag, den 24. 7 Uhr: „Die Frau im Hermelin“. Freitag, den 25. 7 Uhr: „Daphne in der Unterwelt“. Samstag, den 26. 7 Uhr, zum ersten Mal: „Morgen wieder lustig“. Sonntag, den 27., nachm. 3 Uhr: „Wiener Blut“. Abends 7 Uhr: „Morgen wieder lustig“.

#### Aus dem Vereinsleben

\* Der Gesangverein „Arabian“ Wiesbaden gibt am Sonntag, den 20. Juni, ein Sommerfest auf dem Wettbewerb ab. Für reichliche Unterhaltung durch Tanz, Tombolo, Kinderbelustigung und Solospielfeste ist gesorgt.

#### Sport.

\* **Tischball**. Am Sonntag wird die 1. Mannschaft des Sportvereins Wiesbaden, C. V., auf dem Platz an der Frankfurter Straße ein Wettkampf gegen die 1. Mannschaft des Wiesbadener Sportvereins ausgetragen. Beginn 5 Uhr — bis 27. Juni, dem Tage des allgemeinen Stern- und Weltbaus, in der Esperanzehalle Wiesbaden, C. V., mit erfreulichen Konzerten einfangen. In dem Nachmittagskonzert kommen Wiener Walzer und Lieder zur Aufführung, während das Nachtkonzert als Strauß-Soppe-Millett-Ländl stattfindet.

\* **Turnen**. Kommandeur Mittwoch wird der gesetzliche Wiener Dirigent Johann Strak, der ihm auch hier großer Beliebtheit erfreut, zur Direktion zweier Konzerte einladen. In dem Nachmittagskonzert kommen Wiener Walzer und Lieder zur Aufführung, während das Nachtkonzert als Strauß-Soppe-Millett-Ländl stattfindet.

#### Handelsteil.

##### Berliner Börse.

m. Berlin. 18. Juni. Die Börse lag unter dem Druck der Misströmung über die verworrene innerpolitische Lage sehr still. Die Kursbewegung war unregelmäßig, da für Käufe bzw. Verkäufe vielfach die Gezeuge fehlten. Neigung zur Abschwächung war vorherrschend. Einen auffallenden Rückgang um 7 Proz. erfuhr Kaliwert. Badische Anilin und Höchster Farbwerte waren um 8 bzw. 6 gebessert. Köln-Rottweiler 6 niedriger. Kaliwerte lagen fest. Im Verlaufe machte sich lebhaftes Interesse für Petroleumwerte geltend, wofür die Anschauung ins Feld geführt wurde, daß das Petroleum noch zu einer großen wirtschaftlichen Rolle berufen sein und vielfach die Kohle verdrängen werde. Der Anlagenmarkt war unverändert.

##### Kurse vom 18. Juni 1920.

Dtv.	Bank-Aktionen.	Inr.	Dtv.	Inr.	
10	Berliner Handelsbank.	207,25	6	Hohenlohewerke	172,00
7	Commerz.-u. Disc.-B.	185,80	6	Höchst Eisen u. Stahl	315,00
6	Darmstädter Bank.	155,25	10	Idee Bergbau	329,75
12	Deutsche Bank.	277,00	17	König.-u. Laurusfritte	205,50
9	Disconto-Commandit	208,25	20	Kali Aschersleben	367,50
7	Dresdner Bank.	181,00	17	Kostheim Cellulose	232,50
7	Mittelst. Creditbank	150,50	15	Kronprinz Metall.	472,50
5	Nation.-B.-Deutsch.	144,25	8	Lahmeyer u. Co.	175,00
5,29	Oesterl. Kredit-Anst.	99,75	6	Lauchhammer	0,00
	Reichsbank ...	143,50	12	Lindes Eisenmaschinen	225,00
			20	Ludwig Loewe u. Co.	235,00
			6	Mannesmann Röhren	340,00
			17	Oberschles. Eisenbahn	19,00
			12	Eis.-Ind.	240,00
			14	Kokow	419,50
			12	Orenstein u. Koppel	263,50
			11	Porzell.-Kahla	0,00
			12	Rositzer Zuckerraff.	190,00
			14	Rhein-Naas Bergw.	417,00
			12	Rhein. Stahlwerke	

**Hans**  
**Mierendorf**  
in:  
Die  
Teufelskirche  
spielt ab  
Sonntag im  
Monopol

**Wein**  
100 Ltr. 1919er Döbberner  
Berg einige Hundert  
Flaschen 1917er Lorcher  
Honigberg zu verkaufen.  
Neinhabaus,  
Döbberner, Übergasse 32.

**Gartenschläuche**  
wieder eingetroffen. 734  
**Ph. Hch. Marx**  
Moritzstr. 21. T. 805/806.

**Christlicher Verein junger Männer, G. I.**  
Dranenstraße 15.

Freundliche Einladung  
zu dem am Sonntag, den 20. Juni stattfindenden  
**29. Jahresfest.**

Vormittags 9 Uhr: Gebetvereinigung im Vereinslokal.  
10 Uhr: Festgottesdienst in der Lutherkirche.  
Festprediger: Herr Direktor Pastor Stuhmann, unter  
Mitwirkung des Gemeindes Chors.  
Nachmittags 4 Uhr: Festversammlung im Evangel.  
Vereinshaus, Platzer Straße 2.

Festredner: Herr Direktor Pastor Stuhmann.  
Außerdem Antrachten, Jahresbericht, Vorträge des  
Gemeindes und Männer-Chors, sowie Delikatessen.  
Programme 50 Pf.

**Vortrag** Sonntag und Mittwoch 8 Uhr  
im Saale Adolfstraße 3:  
**Ursache und Ausgang der Weltkrise.**

**!! Nur noch kurze Zeit!!**

**26 Marktstraße 26,**  
im Saale „Zu den 3 Königen“.

## **Das Volks - Museum Der Mensch**

**Hammers anatomische Original-**

**Ausstellung aus München**

ist auf kurze Zeit hier eröffnet. — Dieses ist von  
ersten mediz. Autoritäten als die beste derartige  
Sammlung anerkannt und zum Besuch empfohlen.

**Nur für Personen über 18 Jahren.**

**Eintritt Mk. 2.—** Kartenvorverkauf: G. Meyer,  
Zig.-Gesch., Langgasse, M. Zander, Zig.-Gesch.,  
Kirchgasse.

Taglich von morgens 10 Uhr bis abends  
8 Uhr für Damen und Herren geöffnet.

**Mainzer Sportplatz.**  
Sonntag, 20. Juni, 3½ Uhr:

**Große**

## **Rad- u. Motor-Rennen**

Meisterschaften über 1 und 10 Kilometer,  
30 Kilom.-Mannschafts-Rennen nach 6 Tageart,  
25 Kilom.-Rennen mit Motorführung,  
10 Kilom.-Motor-Rennen.

**Flieger - Rennen.** F 80

**3. Wratverband der Fleischer.** Ortsgruppe  
Wiesbaden.  
Morgen Sonntag, 20. d.: Ausflug nach Bleidenstadt  
ins Restaurant Müller. Dorfschluß Unterhaltung u.  
Tanz unter Mitwirkung eines Sängerquartetts. Abfahrt  
1.30 Uhr ab Bahnhof Döbberner. Freunde und Göster  
sind dazu herzlich eingeladen. Der Vorstand. F 358

Morgen Sonntag findet im Saalbau „Germania“,  
Platzer Straße 168

**Große Unterhaltung m. Tanz**  
statt. Anfang 3 Uhr. — Morgens von 8 Uhr ab:  
Großes Preisegeln! 8 werthvolle Preise! 1. Preis  
100 M., 2. Pr. 60 M. bar. Gute Musik! ff. Tanz-  
fläche! Pr. Bier, Apfelwein, Wein, Kaffee, Kuchen.  
Es kostet ein August Riegel.

**Achtung! Vortrag! Achtung!**

Gegen die überhandnehmende

## **Ungezieferplage**

in Haus, Hof und Feld, an Menschen und Tieren wird  
der Kammerjäger P. S. Schmidt, Wiesbaden

**Dienstag, 22. Juni, abends 7 Uhr**

im großen Saale des Rath. Gesellenhauses,  
Döbberner Str. 24, einen ausführlichen, wissenschaftlichen  
Vortrag halten. Um die enormen Unfosten zu  
bedenken wird am Saaleingang ein Eintrittsgeb. von  
1 M. erhoben; dafür erhält jeder Besucher eine acht-  
seitige, gedruckte Broschüre gratis. Saalfassung um  
6 Uhr. Der Vortrag beginnt punt 7 Uhr. Alle  
Interessenten, Behörden und Anstaltleiter sind freund-  
lich eingeladen.

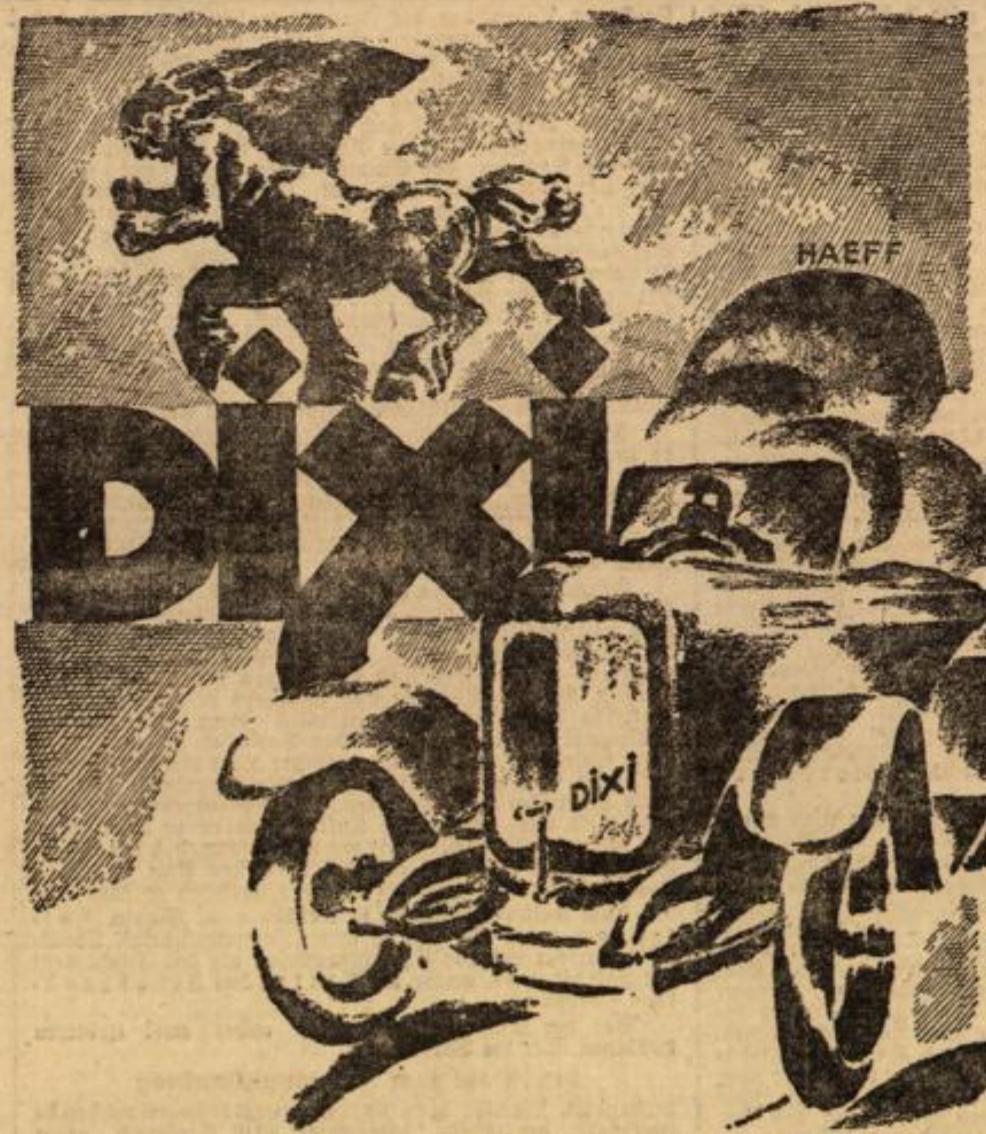
**Prima Taunus-Apfelwein**  
Flasche M. 6.50, auch über die Straße, liefert

**J. Brendel**

Restaurant Alt-Heidelberg, Seckendorffstraße 2.

## **Auto - Oel**

Motor- und Maschinenöle, Patent-  
Achsenöl, Lederöl, Fußbodenöl,  
Wagen- u. Ledersett.  
in besten Friedensqualitäten.  
Farben-Oel- und Fett-Industrie  
„Nassovia“ Scharnhorststr. 24.  
Telephon 3749.  
Beste u. billigste Bezugsquelle.



General-Vertretung: „Akra“ Allgemeine Kraftwagen-Verkaufs-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M., Kaiserstraße 29, II. Fernruf Amt Hansa 5223. Drahtantwort: Akradixi. F 185

**KAUFM. VEREIN** Ordentl. Mitglieder-Versammlung  
Wiesbaden. E. V. Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr, im Saale  
des Europ. Hofs. Erscheinen e. jeden  
Mitgliedes dringend erwünscht. F 376

**Annon. - Expedition** Inscreaten - Aufnahme für  
alle Zeitungen.  
H. Gieß (neb. Hauptpost).

## **Husten.**

**Wiesbadener Tabletten**

gebracht man gegen Husten, Heiserkeit, Rachen-  
katarrh und dergl. mehr. 709  
Cäcilienhof-Apotheke, Langgasse 11.

## **Ia Käseverkauf.**

Kistenweise und im Einzelverkauf.

Schönfeld, 25 Marktstraße 25.

**Billig! Achtung! Billig!**

Billigste Bezugsquelle für Kaffees,  
Restaurants u. Wiederverkäufer.

Solange der Vorrat reicht täglich:

## **Ia frisch gebr. Kaffee**

per Pfund Mk. 23.—

bei Abnahme von 5 Pfund Mk. 22.50

**Jakob Schnell,**

**Tabak** in jeder gewünschten  
Packung.

**Zigarren** in jeder Preislage,

**Zigaretten** diverse Sorten, kaufen  
Sie erstklassig und preis-  
wert bei

**Rheinland Gesellschaft**

m. b. H.,

**Wiesbaden,**

Frankfurter Straße 41,

Telephon 5236,

Tabakfabrik u. Großhandl.

Lieferung

nur an Wiederverkäufer

**Reparaturen** an Fahrrädern, Grammo-  
phonen, Kinderwagen usw.  
werden so günstig u. bill.  
ausgef. Erststücke leicht  
auf Lager.

**Zeugamt Mainz.**

Mechaniker

Gleicht. 15. Tel. 4806.

Fahrrad 500 M.

u. 1 Mantel 60 M. j. v. f.

Wesand, Lothringer Str. 28

**Devacuin** Zimbona  
reguliert den Stuhlgang.

Schützenhof - Apotheke,  
Langgasse 11. 755

Mandoline s. v. Koller,  
Scharnhorststr. 19. B. t.

**Paul**  
**Rehkopf**  
in:  
Die  
Teufelskirche  
spielt ab  
Sonntag im  
Monopol

**WALHALLA**  
Vom 19. — 25. einschl.

**Ernst Lubitsch**

der ges. Regisseur  
v.: Madame Dubarry;  
Auster - Prinzessin.  
Romeo und Julia.  
Meyer aus Berlin.  
Kohlhiesel's Tochter  
u. a. m. als Haupt-  
darsteller in

**Schuhhaus Pinkus**

Urwüchs. Lustspiel  
in 3 Akten.  
Verfaßt u. gespielt v.  
Ernst Lubitsch.

**Der Teufelscowboy.**

Original amerikan.  
Wildwest - Drama in  
6 Akten mit dem  
besten amerikanisch.  
Cowboydarsteller  
**Harry Carey**,  
in den schönen  
Gegenden Amerikas  
aufgenommen.

**Verloren**

am 18. 6. zw. 5½ u. 6½  
Blatt - Armband mit  
Brillanten a. dem Wege  
Holzis, Friedrichstraße,  
Schwab. Str. Sedanstr.  
Seegrabenstr. Gegen hohes  
Belohn. abzugeb. Holzis,  
Friedrichstr. Wörther.

Bertum, b. Seel. Bleich-  
str. verl. Abs. a. Bel.  
Westendstr. 3. 2. Kon. B.

**Verloren** v. W. Mitt-  
woch in Anl. n. Blumen-  
wiesen-Tenniss. Ied. D.  
Umbangstät. m. Geld  
u. Tafel. G. a. B. abs.  
Schillerstr. 4. a. Bingert.

**Nieder-Essen**  
durch Kirchgasse. Zanga,  
verl. Gag. Bel. abzug. b.  
Fröhlich. Holzis. 5. S. 21.

**Verloren** Kleidung  
mit Reißversälen. Bitte  
Hotel Pariser Hof Herrn  
Loutstauf gegen gute Be-  
lohnung abzugeben.

**Verloren.**

Armes Mädchen verlor  
Freitagmittag 500 Mark  
in 50-Mark-Scheinen (Edle  
Mainzer Str. Victoria-  
Hotel). Bitte ehrlichen  
Finder, selbst Mainzer  
Str. 8. Benzin. Weder,  
eine gute Belohn. abzug.

**K. M. 100.**

Erbitte Besuch Montags-  
nach. zum 5-Uhr-Tee in  
m. Wohnung.

**Mina Merget**

geb. Schmidt

nach schwerem Leid im Alter von 49 Jahren  
sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Ludwig Merget, Schreiner,  
nebst Kindern Emma u. Ernst.

Nambach, den 19. Juni 1920.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. Juni  
nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Edgasse  
aus statt.

**Todes-Anzeige.**

Heute vormittag 8½, Uhr entschlief plötzlich nach kurzem, schwerem

Leid mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Groß-  
vater, Schwager und Onkel, der

Privatier David Adermann

im 57. Lebensjahr.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Lina Adermann, Witwe.

Wiesbaden, den 18. Juni 1920.

Johannsberger Straße 7, 2.

Die Einäscherung findet Montag, den 21. Juni, nachmittags

4 Uhr, im Krematorium zu Mainz statt.